

IG Zweitheimische Graubünden - Medienmitteilung

Sind die Zweitheimischen im Kanton Graubünden am Wohnungsmangel schuld?

Die Interessengemeinschaft Zweitheimische Graubünden (www.zweitheimischegr.ch) ist eine Dach-Organisation von 14 Vereinen für die mehrheitlich nicht ortsansässigen Zweitwohnungsbesitzer im Bündnerland.

Wie in den Schweizer Agglomerationen herrscht auch in den Bündner Seitentälern aktuell ein Wohnungsmangel. Wohnraum für Familien und Fachkräfte, die im Ort wohnen und arbeiten wollen, ist Mangelware. Trotz der 2012 angenommenen Zweitwohnungs-Initiative ist der Zweitanteil in allen touristischen Gemeinden weiterhin weit über der 20% Marke geblieben. Die Umwandlung von altrechtlichem Wohnraum in viel profitablere Zweitwohnungen durch einheimische Immobilienentwickler hat den Wohnungsmangel weiter verschärft.

Nun möchte die Gemeinde Pontresina im Oberengadin mit einer neuen Steuer für Zweitwohnungsbesitzer den örtlichen Wohnungsmangel beheben. So soll, wer seine Wohnung oder Liegenschaft weniger als 150 Tage im Jahr nutzt, mit einer Zusatzabgabe den Bau von Erstwohnungen finanzieren.

«Die Erhebung einer Sondersteuer nur bei den Zweitwohnungsbesitzern ist unserer Ansicht der falsche Ansatz, um den Mangel an Erstwohnungen effizient und effektiv zu dämpfen», sagen Guntram Heil und Rolf Paltzer Ausschussmitglieder bei der IG ZweitheimischeGR. „Zudem finden wir es mehr als stossend, dass diese Bevölkerungsgruppe für die Fehlplanungen auf der politischen Ebene heute büssen soll.“

Es gibt andere, bessere Massnahmen als über Sondersteuern den Wohnungsmangel im Alpenraum zu lindern:

Kurzfristig eine proaktive Bauland- und Wohnbaupolitik zur Optimierung der Anzahl Bewohner in Relation zur Wohneinheit (Stichwort: 'verdichtetes Bauen').

Mittel- bis langfristig eine Revision der lokalen Baugesetze, um z.B. dem Umnutzungsdruck mit jährlichen Umnutzungskontingenten zu begegnen.

«Wir anerkennen die Situation. Aber die Zweitheimischen, wie im Fall Pontresina, mit einer indirekten Liegenschaftssteuer als die Alleinschuldigen an der Wohnungsmisere im touristischen Alpenraum zu verurteilen, ist nicht die Lösung des Problems. Vielmehr müssten Arbeitsgruppen mit Einsitz aller Betroffenen nicht nur in den Gemeinden, sondern auch auf kantonaler Ebene gebildet werden, die juristische und politische Vorlagen erarbeiten, die dann mit der Unterstützung aller Parteien umgesetzt werden», sagen Heil und Paltzer zum Standpunkt ihrer Organisation.

Gerne steht die IG ZweitheimischeGR für weitere Ausführungen im Zusammenhang mit dem Wohnraum-mangel zur Verfügung.

Medienkontakt:

Bianca Giuri, Giuri Kommunikation, bianca.giuri@giurikomm.ch; Tel: +41 79 828 14 21